

1 Wir stellen die Weichen auf Handeln!  
2  
3 Was wir in der letzten Legislaturperiode bewegt haben  
4  
5 Bei den letzten Kommunalwahlen 2003 ahnten wir noch nichts von  
6 Hartz IV, SGB II und Auswirkungen auf und in unserem Landkreis.  
7 Wir konnten auch nicht voraussehen, dass im Verlaufe der  
8 Wahlperiode aus unserer PDS-Fraktion die Fraktion der Linken  
9 werden würde. Beide Fakten sollten aber bestimmend für die Politik  
10 der Fraktion im Kreistag des Landkreises Oder-Spree zwischen 2003  
11 und 2008 werden.  
12  
13 An der Entscheidung des Landkreises, die Betreuung der  
14 Langzeitarbeitslosen nach SGB II in eigener Regie – als so  
15 genannte Optionskommune – wahrnehmen zu wollen, haben wir uns  
16 nicht beteiligt, auch und vor allem deshalb nicht, weil es letztlich für  
17 die Betroffenen bedeutungslos ist, welche Behörde oder  
18 Verwaltungsstruktur die Arbeitslosigkeit „verwaltet“.  
19 Unsere im Jahre 2004 bei der Entscheidung für das „Optieren“  
20 vorgebrachten Kritiken haben sich nach mehr als 3 Jahren Hartz IV  
21 im Landkreis bestätigt – die Arbeitslosenzahlen wie auch die Anteile  
22 der von Hartz IV betroffenen Bedarfsgemeinschaften und Kinder  
23 unterscheiden sich nicht von anderen Landkreisen in Brandenburg  
24 und in den neuen Bundesländern, die nicht optieren.  
25  
26 Schwerpunkt des Wirkens war deshalb immer wieder, für Hartz IV-  
27 Betroffene und sozial Benachteiligte, vor allem aber für Kinder und  
28 Jugendliche keine Verschlechterungen der Lebensbedingungen  
29 zuzulassen. Unserem Einsatz ist es zu verdanken, dass in den  
30 meisten Gebührensatzungen des Landkreises entsprechende  
31 Sozialklauseln enthalten sind, die Hartz IV-Betroffenen Gebühren  
32 vollständig oder zumindest teilweise erlassen, so zum Beispiel bei  
33 den erst durch landespolitische Entscheidung veranlassten  
34 Elterbeteiligungen an den Kosten der Schülerbeförderung.  
35  
36 Ein zweiter Schwerpunkt unseres politischen Handelns im Kontext  
37 von Hartz IV war, aus der Existenz des kreiseigenen Amtes für  
38 Grundsicherung und Beschäftigung eine Möglichkeit der  
39 Einflussnahme des Kreistages auf die Ausgestaltung der  
40 arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente zu nehmen – z.B. Ein-  
41 Euro-Jobs zugunsten versicherungspflichtiger Tätigkeiten zu  
42 reduzieren, Angebote auch für ältere und Langzeitarbeitslose mit  
43 akademischer Vorbildung zu schaffen. Leider konnten wir unsere  
44 Forderung zur Schaffung eines gesonderten Fachausschusses des  
45 Kreistages für das Amt für Grundsicherung und Beschäftigung gegen  
46 die „große Koalition“ aus SPD und CDU im Kreistag nicht  
47 durchsetzen.  
48  
49 In den zurückliegenden fünf Jahren hat unsere Fraktion im Kreistag  
50 nachhaltig Widerstand gegen die Erhöhungen kommunaler  
51 Gebühren oder Kürzungen kommunaler Leistungen des Landkreises  
52 für die Einwohnerinnen und Einwohner geleistet. Diese waren oft als  
53 alternativlos dargestellt und wurden als Haushaltssanierung  
54 verschleiert. Manche soziale und kulturelle „Grausamkeit“ konnte  
55 gemeinsam mit anderen Kreistagsfraktionen und –abgeordneten  
56 verhindert werden, leider jedoch nicht alle Vorhaben der  
57 Kreisverwaltung.

1  
2 Ohne entsprechende Mehrheiten im Kreistag war unser Wirken  
3 oftmals lediglich eine Schadensbegrenzung.  
4 Wir wollen jedoch mehr – wir wollen eine andere Politik.  
5  
6 Was wir in den nächsten 5 Jahren wollen  
7  
8 Unsere zentralen politischen Handlungsfelder in der vor uns  
9 liegenden Periode sind die Verteidigung öffentlicher Einrichtungen,  
10 die demokratische Kontrolle bürgerfreundlicher öffentlicher  
11 Unternehmen, das Eintreten für gute Arbeit, für Bürgerrechte,  
12 demokratische Teilhabe und mehr direkte Mitbestimmung, strikte  
13 Umsetzung von Gleichstellung in allen Lebensbereichen und  
14 Chancengleichheit statt sozialer Auslese in Schule und Beruf, die  
15 entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen  
16 Facetten.  
17  
18 *Wir wollen* weg von "Hartz IV". Würde und Bürgerrechte gelten auch  
19 für Erwerbslose. Deshalb wollen wir die Ein-Euro-Jobs zugunsten  
20 regulärer Beschäftigung abschaffen. Die Gestaltungsmöglichkeiten  
21 des Landkreises als „Optionskommune“ müssen voll genutzt und  
22 dürfen nicht im voreilenden Gehorsam der Bundes- und  
23 Landesregierung geopfert werden.  
24  
25 *Wir wollen*, dass Kinderarmut entschlossen bekämpft wird.  
26 Kinderarmut ist ein Skandal für jede reiche Gesellschaft. Eltern  
27 brauchen mehr Geld, damit Kinder nicht weiter ein Armutsrisiko sind.  
28 Der Landkreis Oder-Spree muss Abschied nehmen von kreislichen  
29 Satzungen, die die Sorge um das Kindeswohl auf das gesetzlich  
30 vorgeschriebene Minimum reduzieren.  
31  
32 *Wir wollen* die Verschleuderung öffentlichen Eigentums beenden.  
33 Deswegen kämpfen wir gegen Privatisierungen und für starke  
34 öffentliche Unternehmen. Nur mit ihnen hat der Landkreis Einfluss-  
35 und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Rekommunalisierung des  
36 privatisierten Busverkehr Oder-Spree ist für uns ein eigenständiges  
37 politisches Ziel.  
38 Wie in der Vergangenheit werden wir auch in Zukunft keiner  
39 Privatisierung kommunaler Unternehmen zustimmen.  
40 Beim Landkreis als Arbeitgeber werden wir auch künftig eine  
41 Lohnpolitik ohne Reallohnverluste einfordern.  
42  
43 *Wir wollen* alle Möglichkeiten für die Verteidigung von  
44 Schulstandorten nutzen und der Politik der Einsparungen im Bereich  
45 der Schulen ein Ende setzen.  
46  
47 *Wir wollen* gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres  
48 Landkreises.  
49  
50  
51  
52 Hartz IV  
53  
54 Der Landkreis Oder-Spree ist eine „Optionskommune“. Hier wird die  
55 Langzeitarbeitslosigkeit in eigener Zuständigkeit verwaltet.

1 Begründet wurde diese Entscheidung durch die Kreistagsmehrheit  
2 und die Kreisverwaltung mit der Absicht, es besser zu machen als  
3 andere.  
4 Ein Blick auf die Realitäten verrät heute: Die Dinge liegen im  
5 Landkreis nicht besser als in den anderen Regionen des Landes  
6 Brandenburg.  
7 Wo tatsächlich Entscheidungsspielräume bestehen, werden sie in  
8 vorauseilendem Gehorsam nicht genutzt.  
9 Eine Mehrheit des Kreistags verweigert jegliche Beschlussfassung  
10 für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Landkreis.  
11 Daher fordern wir:  
12 - der Kreistag muss künftig die Prioritäten für die Bekämpfung der  
13 Langzeitarbeitslosigkeit setzen  
14 - nicht mehr der billigste, sondern der sinnvollste Weg muss den  
15 Einsatz der Mittel bestimmen  
16 - vorhandene Spielräume müssen genutzt und nicht einfach  
17 aufgegeben werden  
18 - Schluss mit den 1-€-Jobs als markantestem Ausdruck der  
19 Billigvariante zur Schönung der Arbeitslosenstatistik .  
20 Nicht die Bedürfnisse der Verwaltung müssen die Politik im Landkreis  
21 bestimmen, sondern die Nöte der Langzeitarbeitslosen!  
22  
23  
24 Wirtschaftliche Entwicklung des Kreises fördern  
25  
26 Wir betrachten den Erhalt und den Ausbau noch vorhandener  
27 Unternehmen sowie Neugründungen in deren Umfeld als reale  
28 Möglichkeit für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.  
29 DIE LINKE setzt sich entschieden für die Reorganisation und den  
30 Ausbau regionaler Kreisläufe, zum Beispiel bei der Vermarktung  
31 regionaler Produkte, bei Energieprojekten wie Bürgersolaranlagen  
32 und regionalen Entsorgungskreisläufen, ein. Das ist nicht nur im  
33 ökonomischen Interesse der in der Region verwurzelten  
34 Unternehmen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern auch  
35 und besonders ein ökologisches Gebot.  
36 DIE LINKE ist für die Belebung genossenschaftlichen Handelns und  
37 Wirtschaftens als Alternative zur ausschließlich renditegeprägten  
38 Ökonomie.  
39  
40 Der Landkreis Oder – Spree ist eine wirtschaftlich schwache Region  
41 mit allen daraus folgenden sozialen Problemen, wie hoher  
42 Arbeitslosigkeit, Abwanderung junger Menschen, Überalterung,  
43 Schrumpfen der Bevölkerung, unzureichenden Steuereinnahmen und  
44 den daraus folgenden Probleme, die öffentliche Daseinsvorsorge  
45 angemessen aufrecht zu erhalten oder gar auszubauen.  
46 Umso wichtiger ist es für uns, die vorhandenen Unternehmen, von  
47 denen es zwar zu wenige, darunter aber einige nicht unbedeutende  
48 im Landkreis gibt, in der Region zu halten und die daran gebundenen  
49 Arbeitsplätze zu sichern.  
50 Wir sehen sie als Hauptquelle für Arbeitsplätze, Einkommen,  
51 Aufträge für andere in der Region ansässige Firmen und letztlich als  
52 Wachstumskerne, d.h. als Ausgangspunkt für Neugründungen und  
53 damit für weitere Arbeitsplätze an. Dieser Ansatz gilt für uns sowohl  
54 für den in Eisenhüttenstadt ansässigen Industriebetrieb EKO, als  
55 auch für Handwerks – oder Landwirtschaftsunternehmen im  
56 ländlichen Raum. Die Zukunft liegt eben nicht in irgendwelchen hoch  
57 subventionierten Fantasieprojekten, von denen die Brandenburger

1 Landesregierung in den vergangenen Jahren mehr als genug mit  
2 Steuergeldern finanzierte und in den Sand setzte. Dieser Ansatz gilt  
3 für uns sowohl für den in Eisenhüttenstadt ansässigen  
4 Industriebetrieb AcelorMittal, als auch für Handwerks – oder  
5 Landwirtschaftsunternehmen im ländlichen Raum.  
6 Unsere Unterstützung sollen die regionalen Handwerksbetriebe  
7 erfahren. Dazu wollen wir unseren Einfluss im Landkreis geltend  
8 machen, damit einerseits bei Ausschreibungen des Landkreises  
9 durch die Bildung kleinerer Lose und die Forderung nach Einhaltung  
10 von Mindest- bzw. Tariflöhnen mehr Chancen für ortsansässige  
11 Handwerksbetriebe geschaffen werden. Andererseits werden wir  
12 eine stärkere Kontrolle von kreislichen Vorhaben auf Einhaltung der  
13 ausschreibungsgerechten Ausführung einfordern. Damit soll der  
14 Preisdrückerei bei den Angeboten und einer zunehmenden Tendenz,  
15 über Nachträge die Ausschreibungsergebnisse zu verfälschen,  
16 entgegen gewirkt und ein realer Wettbewerb erreicht werden.

17  
18 **Umweltpolitik im Landkreis**

19  
20 Jahrzehntelanger Raubbau an der Natur hat zu Problemen geführt,  
21 die die weitere Existenz der menschlichen Gesellschaft in Frage  
22 stellen. Umweltprobleme wie die Erschöpfung der Rohstoffe und  
23 Verlust biologischer Vielfalt stellen uns vor neue Herausforderungen.  
24 Ganz besonders deutlich wird dies angesichts des vom Menschen  
25 verursachten Klimawandels. Deshalb setzen wir uns für einen sozial-  
26 ökologischen Wandel ein.

27  
28 **Dezentrale Lösungen der Abwasserbehandlung und**  
29 **Wiederverwertung dürfen nicht bekämpft und ökologisch denkende**  
30 **Bürgerinnen und Bürger nicht drangsaliert werden.**

31  
32 Von zentraler Bedeutung ist die Meisterung der Energiewende.  
33 Wenn wir weiterhin vorrangig Kohle verstromen, würde das eine  
34 weitere Beschleunigung des Klimawandels mit sich bringen. Durch  
35 den hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß erweist sich die Verstromung von  
36 Braunkohle als besonders klimaschädlich. Zudem vernichten die  
37 Tagebaue Kulturlandschaften und Lebensraum. Langfristig könnte  
38 davon auch unser Kreis mit den Braunkohlefeldern zwischen Guben  
39 und Eisenhüttenstadt sowie um Fürstenwalde betroffen sein.  
40 Deshalb unterstützen wir Initiativen, keinen Tagebau neu zu eröffnen  
41 und mittelfristig die Braunkohleförderung zu beenden.  
42 Stattdessen setzen wir auf Energieeinsparung sowie die Förderung  
43 aller Formen erneuerbarer Energien. Die Erzeugung von Biogas und  
44 die Bereitstellung von Biomasse als Energieträger bieten auch den  
45 ländlichen Regionen unseres Landkreises neue  
46 Entwicklungsmöglichkeiten und könnten zur Wiedernutzung  
47 brachliegenden Ackerlandes führen, dürfen allerdings nicht  
48 Nahrungsmittelproduktion, Bodenfruchtbarkeit und biologische  
49 Vielfalt gefährden.

50  
51 Eine dezentrale Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer  
52 Ressourcen eröffnet umfassende Spielräume für eine kommunale  
53 Versorgung und macht uns unabhängig von den preistreibenden  
54 Energiekonzernen. Energieautarke Dörfer und Siedlungen sind heute  
55 schon möglich, auch in unserem Landkreis.  
56 Energieeinsparung steht weiterhin an vorderster Stelle unserer  
57 Umweltpolitik. Der Landkreis selbst soll hier mit gutem Beispiel voran

1 gehen und die bereits begonnenen Maßnahmen eines  
2 Energiemanagements in der Verwaltung und den nachgeordneten  
3 Einrichtungen wie z.B. Schulen fortsetzen. Neue  
4 Investitionsmaßnahmen müssen auf einer tatsächlichen  
5 Nachhaltigkeit der Energienutzung beruhen.

6  
7 Konkretes Ziel ist die Unabhängigkeit der kommunalen Wirtschaft  
8 und der Haushalte im Landkreis, zumindest bei Strom- und  
9 Wärmeversorgung, von fossilen und atomaren Energiequellen bis  
10 2030.

11  
12 Wir betrachten den Naturschutz nicht als Hemmnis, sondern als  
13 Chance für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, als Grundlage  
14 einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung. Insbesondere die  
15 abwechslungsreiche Kulturlandschaft mit den Natur- und  
16 Landschaftsschutzgebieten sowie Naturdenkmälern ist für unser aller  
17 Leben unentbehrlich, nicht zuletzt auch für die Entwicklung eines  
18 naturnahen Tourismus. Deshalb fordern wir den Stopp der  
19 Privatisierung von Naturschutzflächen.

20  
21 Arbeit für die Region – Tourismus

22  
23 Wir sehen im Tourismus einen wichtigen Wirtschaftsfaktor, in  
24 manchen Orten im ländlichen Raum den wichtigsten. Arbeitsplätze  
25 werden geschaffen und hängen unmittelbar mit der touristischen  
26 Infrastruktur zusammen. Deshalb unterstützen wir die Schaffung von  
27 Fördermöglichkeiten. Diese sollten an einen sanften Tourismus  
28 gebunden sein, der alle Zweige einschließt, egal ob Fahrrad- oder  
29 Wassertourismus, Mehrtagesaufenthalte oder Tagestourismus und  
30 Naherholung im Berlin nahen Raum. Wir unterstützen  
31 Infrastrukturmaßnahmen für den Tourismus (Straßen-, Rad- und  
32 Wanderwegebau, Brücken und Wasserwege), sofern sie vom  
33 Planungsbeginn an im Einklang mit Natur- und Landschaftsschutz  
34 stehen und nicht im Nachhinein auf Korrekturen durch angeordnete  
35 Umweltverträglichkeitsprüfungen setzen.

36 Landschaftszerstörende Megaprojekte lehnen wir ab. Wir wollen  
37 unsere einzigartigen reichen Natur- und Kulturräume erhalten und  
38 gestalten, indem einfühlsame Infrastrukturvorhaben gefördert  
39 werden. Das bedeutet, einen angemessenen Ausbau von Straßen  
40 und Radwegen zu berücksichtigen, den Schutz  
41 zusammenhängender oder artenreicher Naturräume zu  
42 gewährleisten und genügend finanzielle Mittel für den notwendigen  
43 Erhaltungsaufwand bereit zu stellen. Wir wollen keinen Ausbau der  
44 Spree für Großschifffahrt. Es ist uns wichtig, Naturdenkmale  
45 langfristig zu sichern und  
46 nicht schlechthin „abzuschreiben“. Wir setzen uns für eine  
47 ausreichende Finanzierung historisch interessanter Dorf- und  
48 Stadtkerne und Sehenswürdigkeiten sowie für optimale öffentliche  
49 Verkehrsanbindungen ein - unabhängig vom strukturpolitischen  
50 Status des Ortes. Wir Linke wollen den Tourismus deutlich stärker  
51 in das Bewusstsein der Politik heben. Dieser ist keine  
52 Privatangelegenheit.

53  
54  
55  
56 Mobilität, Verkehr und Kommunikation

1 DIE LINKE setzt sich für eine Umorientierung in der Wirtschafts –  
2 und Verkehrspolitik ein: Ressourcenschutz hat Vorrang vor  
3 spektakulären Neubauten. Es geht zuerst um die Sanierung und den  
4 Erhalt von Straßen und Wasserwegen und um die optimale Nutzung  
5 vorhandener Schienenwege. Wir sehen in der nicht ausreichenden  
6 Nutzung der Bahntrasse via Frankfurt (Oder) den Grund für die  
7 Verstopfung der A 12. Wir sind gegen eine „Umfahrungsstrecke“  
8 durch umliegende Orte, für die vor allem die Sandfurtbrücke über  
9 den Oder-Spree-Kanal gebaut und straßenmäßig angebunden  
10 werden soll. Wir wollen nicht, dass hochwertige unzertrennte  
11 Naturräume durch einen Brücken- und Straßenbau zerschnitten  
12 werden, dessen Wert als Straßennetzlückenschluss zwischen  
13 Seelow und Beeskow darin besteht, gegenüber einer guten  
14 vorhandenen Verbindung über Müllrose nur wenige Kilometer  
15 einzusparen. Die geplanten Millionen sind verschleuderte  
16 Steuergelder, auch wenn Bund und Land zahlen.

17  
18 Die Ökonomisierung der Bahn hat ihre Auswirkungen auf unseren  
19 Landkreis. Kein Ausbau der Bahnverbindung von Bad Saarow nach  
20 Beeskow und ungenügende Sicherung der Trasse, völlig  
21 unzureichender Service der RB 35 von Frankfurt (Oder) nach Berlin-  
22 Schönefeld dürfen vom Landkreis nicht ohne Dauerprotest  
23 hingenommen werden. Gerade die Mangelnde Fahrgastzahlen  
24 dürfen nicht als Erklärung geduldet, sondern müssen als Folge  
25 ungenügenden Services erkannt und der Trend zum Auto muss  
26 umkehrbar gemacht werden.

27 Wir treten für einen ÖPNV ein, der den Namen „Öffentlicher  
28 Personennahverkehr“ verdient. Der Busverkehr darf nicht weiter  
29 ausgedünnt werden, vor allem abends in zentrumsferne Orte.  
30 Der Straßenbahn muss wie bisher die Unterstützung des  
31 Landkreises sicher bleiben.

32  
33 Die Umstufung von Straßen sehen wir nicht als Lösung an, den  
34 Kreishaushalt nennenswert zu entlasten. Die Gemeinden und Städte  
35 haben häufig noch größere Probleme mit den Instandhaltungskosten  
36 als der Kreis. Deshalb gehen wir bei unerlässlichen Herabstufungen  
37 von Kreis- zu Gemeindestraßen davon aus, die Straßen in saniertem  
38 Zustand einschließlich vorhandener Radwege zu übergeben.

39  
40 Mobilität bedeutet heute nicht nur die Möglichkeit räumlicher  
41 Fortbewegung.  
42 Zur Mobilität heute gehört auch geistige und kommunikative Mobilität.  
43 Ohne die Nutzung moderner Informationsmittel und -technologien,  
44 insbesondere des schnellen Internetanschlusses, ist diese Mobilität  
45 kaum denkbar. Wir Linken fordern deshalb, dass schnelle Internet-/  
46 Breitbandanschlüsse als ein Element der Daseinsvorsorge für alle  
47 Einwohner – auch der ländlichen Regionen – gesetzlich  
48 festgeschrieben werden. Unabdingbar ist dafür aus unserer Sicht,  
49 dass sich Kommunikationsnetze - wie auch Strom- und Gasnetze  
50 sowie Bahnlinien - in staatlichem Eigentum befinden. Nur so ist  
51 garantiert, dass notwendige Investitionen nicht ausschließlich vom  
52 betriebswirtschaftlich erzielbaren Gewinn abhängig gemacht werden.  
53 Auch für dünn besiedelte Orte und Ortsteile müssen gegebenenfalls  
54 mit staatlicher Förderung gleichwertige Angebote für Bürger und  
55 Unternehmen geschaffen werden. Wir Linke werden jegliche  
56 Initiativen, die in diese Richtung zielen, unterstützen.

57

1 Die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen  
2  
3 Soziale Gerechtigkeit ist das zentrale politische Anliegen der Partei  
4 DIE LINKE. Wir möchten, dass alle Bürgerinnen und Bürger in  
5 unserem Landkreis ein weitgehend selbstbestimmtes Leben in  
6 Würde führen können. Das ist die Basis für ein solidarisches  
7 Miteinander aller Generationen.  
8 Seit der letzten Kommunalwahl hat sich die Schere zwischen Armen  
9 und Reichen, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen  
10 Gesunden und Kranken weiter geöffnet. Die Städte und Gemeinden  
11 als die Orte, in denen sich das Zusammenleben von Menschen in  
12 erster Linie vollzieht, werden immer stärker mit ungünstigen  
13 Rahmenbedingungen konfrontiert, die in Brüssel, Berlin und Potsdam  
14 gesetzt werden.  
15 Dennoch hat „kommunale Sozialpolitik“ auch im Landkreis Oder –  
16 Spree Gestaltungsmöglichkeiten, die wir als Linke nutzen wollen.  
17 DIE LINKE tritt für den Erhalt der öffentlichen kommunalen  
18 Daseinsvorsorge (für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für  
19 Mobilität, Wasser, Gas und Strom) und die Sicherung der  
20 kommunalen Selbstverwaltung als elementarer Bestandteil sozialer  
21 Sicherheit ein. Sie nicht nur zu erhalten, sondern sie angesichts der  
22 mit den demografischen Veränderungen einher gehenden Probleme  
23 weiter auszubauen - z.B. durch Rekommunalisierung - wird unsere  
24 Aufgabe sein.  
25 Im Landkreis leben Menschen, die aus vielen Ländern zu uns  
26 gekommen sind.  
27 Wir setzen uns für eine aktive Integrationspolitik und die Schaffung  
28 eines Integrationsbeirates, für Sprachkurse als Voraussetzung für die  
29 Integration und für die Abschaffung der Sachleistungsgutscheine  
30 zugunsten von Barleistungen ein.  
31  
32 Die demografische Entwicklung in Deutschland - also auch in  
33 Brandenburg - zwingt dazu, sich sehr ernsthaft mit der künftigen  
34 Gestaltung von Lebensbedingungen vor allem im ländlichen Raum  
35 zu befassen. Bekannt ist, dass und in welchen Schritten die  
36 Einwohnerzahl zurückgeht. Junge Menschen folgen der Ausbildung  
37 und oft höher entlohnter Arbeit vor allem in die alten Bundesländer  
38 und in die Städte, zurück bleiben vor allem alte Menschen. Kluge  
39 Lösungen für eine diesen Bedingungen angepasste Infrastruktur  
40 werden also gefragt sein. Sie reichen vom seniorengerechten  
41 Wohnen über erreichbare und bezahlbare öffentliche Transportmittel,  
42 von der medizinischen Betreuung bis hin zur Versorgung mit  
43 Lebensmitteln und Konsumgütern und nicht zuletzt zur Teilhabe am  
44 gesellschaftlichen Leben, an Kultur und Sport.  
45 DIE LINKE engagiert sich für den Erhalt und die Förderung des  
46 Breitensports. Dies gilt ebenso bei der Sportstättenförderung als  
47 auch für unser Engagement für Vereinssport der allen Kindern und  
48 Jugendlichen – unabhängig vom Einkommen der Eltern – zur  
49 Verfügung steht.  
50 Das Profil unseres Landkreises ist geprägt von der Vielfalt  
51 kultureller und sportlicher Angebote. Dies gilt es zu unterstützen und  
52 weiterzuentwickeln.  
53 DIE LINKE wendet sich konsequent gegen den Kulturabbau.  
54 Wir stehen für den Erhalt der musealen Vielfalt und schlagen vor das  
55 die kreislichen Museen an einem Tag im Monat kostenlos zu öffnen  
56 sind. DIE LINKE steht für die langfristige finanzielle Sicherung der  
57 Kulturträger im Landkreis und somit für ein bezahlbares kulturelles

1 Angebot und kulturelle Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner  
2 in Oder-Spree.  
3 Wohnortnähe der ambulanten und stationären medizinischen  
4 Betreuung muss dabei ebenso garantiert sein wie der Zugang zu  
5 ambulanter und stationärer Pflege. Daneben sind mobile  
6 Pflegedienste, aber auch Hauswirtschaftsservices und  
7 Nachbarschaftshilfen weiter zu entwickeln, damit alte Menschen so  
8 lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihren eigenen vier  
9 Wänden führen können.

10 DIE LINKE engagiert sich dafür, dass die Interessen und Bedürfnisse  
11 der älteren Generation in der Kommunalpolitik stärker Beachtung  
12 finden, ihre Mitwirkung gefragt und genutzt wird.

13  
14 Wir LINKEN setzen uns dafür ein, dass die Lebensqualität der  
15 heutigen Seniorengeneration erhalten bleibt. Wir sind für eine  
16 Angleichung der Rentenpunkte Ost an West. Wir protestieren gegen  
17 Rentennullrunden, die einer faktischen Rentenkürzung  
18 gleichkommen. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Renten  
19 mindestens in Höhe der Inflationsrate ein. Wir stehen für eine  
20 Änderung der Rentenformel, die Altersarmut bei den künftigen  
21 Rentnerinnen und Rentnern verhindert. Arbeitslosigkeit und  
22 Niedriglöhne sichern keine menschenwürdigen Renten.

#### 23 24 25 Medizinische Betreuung

26  
27 Für DIE LINKE zählen eine sozial gerechte Gesundheitspolitik und  
28 die Sicherung des Zugangs zu moderner Medizin für alle  
29 Bürgerinnen und Bürger zu den wichtigsten kommunalpolitischen  
30 Aufgaben. Ziel ist insbesondere die Verbesserung der  
31 gesundheitlichen Situation von Kindern, Jugendlichen und sozial  
32 Schwächeren. Die gesundheitliche Betreuung wird in manchen  
33 ländlichen Gemeinden zu einem Problem, zumal die Anzahl älterer  
34 Bürgerinnen und Bürger zunimmt und deren Mobilität eingeschränkt  
35 ist. Es kann nicht sein, dass der alleinige Maßstab im Bereich der  
36 Allgemeinmedizin, als auch bei den Fachärzten, die Einwohnerzahlen  
37 sind.

38  
39 Auch dank der Arbeit der Genossinnen und Genossen unserer Partei  
40 ist es in den vergangenen Jahren gelungen, ein stabiles Netz an  
41 medizinischen Versorgungseinrichtungen (Krankenhäuser,  
42 Rettungsdienst, Ärztehäuser, Niederlassungen) in unserem  
43 Landkreis zu erhalten und auszubauen. Nun aber sehen wir besorgt,  
44 dass auch in unserem Landkreis ausgebildeter Nachwuchs sowohl in  
45 der ambulanten als auch stationären medizinischen Betreuung  
46 (Krankenhaussektor) fehlt. Versorgungslücken im haus- und  
47 fachärztlichen ambulanten Bereich werden bereits spürbar und es ist  
48 den Kommunen ebenso wie den Krankenhäusern nicht immer  
49 gelungen, durch Schaffung besonders günstiger  
50 Rahmenbedingungen (Wohnraum, Praxiskredite u.ä.) ärztlichen  
51 Nachwuchs zu finden, um die zugesagte wohnortnahe Versorgung  
52 der Bürger zu sichern. Die versuchte Kompensation durch  
53 medizinisches Personal aus osteuropäischen Ländern hat dieses  
54 Problem nicht gelöst. Da aber nach wie vor die Vergütung und die  
55 Arbeitsbedingungen in den neuen Bundesländern schlechter als in  
56 den alten sind und deutlich hinter denen anderer EU-Länder zurück  
57 bleiben, unterstützen wir die Forderungen der Ärzte und des

1 medizinischen Personals nach ausreichender Vergütung und  
2 vernünftigen Rahmenvorgaben für Krankenhäuser. Wir setzen uns  
3 für eine Abstimmung der regionalen Gesundheitsaufgaben und für  
4 eine Vernetzung der vorhandenen und neu zu schaffenden  
5 Versorgungsformen ein, wie z.B.

- 6 - für den Ausbau von Ärztehäusern bzw.  
7 Gesundheitszentren
- 8 - für die Berücksichtigung der Altersstruktur einer Stadt und  
9 ihres Umlandes bei der Ermittlung der  
10 Niederlassungsquote für alle medizinischen Bereiche;
- 11 - für die aktive Unterstützung von jungen Ärzten bei der  
12 Suche nach geeigneten Praxisräumen und bei der  
13 Übernahme von Praxen, die sonst aus Altersgründen des  
14 jetzigen Praxisinhabers in den nächsten Jahren schließen  
15 müssen
- 16 - für den Einsatz von Gemeindeschwestern als Bindeglied  
17 zwischen Hausarzt und Patient.

18  
19 Besonderes Augenmerk muss der Gesundheits- und Sozialdienst der  
20 Verhütung von Krankheiten (Prävention) schenken. Vor allem Kinder  
21 und Jugendliche sind durch obligatorische Schutzimpfungen,  
22 ärztliche und zahnärztliche Kontrolluntersuchungen vor allem im  
23 Vorschul- und Schulalter, enge Zusammenarbeit mit den Eltern, den  
24 Kindergärten und Schulen gesundheitlich zu fördern. Hierfür ist eine  
25 bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter der  
26 Kreisverwaltung (Gesundheitsamt, Jugendamt, Sozialamt, Amt für  
27 Grundsicherung, Schulverwaltungsamt) erforderlich.

28  
29 Forderung der LINKEN im Landkreis Oder-Spree ist es, den  
30 Rettungsdienst im Zusammenwirken mit dem Landkreis Märkisch  
31 Oderland und Frankfurt (Oder) unverzüglich so weiter zu entwickeln,  
32 dass die Qualitätsanforderungen und die Einhaltung der Hilfsfristen  
33 flächendeckend gesichert werden.

#### 34 35 Bildung und Schule

36  
37 Die Situation von Bildung und Schule hat sich in den letzten  
38 Wahlperioden im Land Brandenburg verschlechtert. Es fehlt ihr an  
39 Qualität. Der durch den "Geburtenknick" Anfang der 90er Jahre  
40 bedingte Rückgang der Schülerzahlen hat nun auch die oberen  
41 Klassen erreicht und wurde zur Schließung von Schulstandorten und  
42 zum rapiden Abbau von Lehrerstellen genutzt. Das Turbo-Abitur hielt  
43 auch in Oder-Spree Einzug und reduzierte die Durchlässigkeit  
44 zwischen den Schulformen noch weiter. Die Gesamtschule wurde  
45 zum Auslaufmodell, weil kein kontinuierlicher Übergang zur  
46 weiterführenden Bildung mehr möglich ist. Auch wenn hierbei die  
47 Landesregierung die Verantwortung mit Schulgesetzänderungen,  
48 Haushaltszuweisungen und Verwaltungsvorschriften trägt - die  
49 LINKE in Oder-Spree hat diese Politik vor Ort, in den Elternreimien  
50 und im Kreistag offengelegt und kritisiert.

51  
52 Die bildungspolitischen Rahmenbedingungen werden - so ein  
53 Politikwechsel bei der Landtagswahl 2009 ausbleibt - nicht besser.  
54 Eine nach den Kommunalwahlen stärkere Kreistagsfraktion der  
55 LINKEN kann sich in den Protest noch stärker einbringen, wird den  
56 Mitwirkungsreimien der Schülerinnen und Schüler, Eltern und  
57 Lehrkräfte, wo sie es wünschen, beiseite stehen.

1 Wir fordern unverändert von den Verwaltungen, insbesondere auch  
2 dem Staatlichen Schulamt, die schulischen Mitwirkungs-gremien aller  
3 Ebenen in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Forderungen und  
4 Anregungen ernst zu nehmen.  
5 Nicht alle schulischen Fragen sind von Potsdam vorgegeben. Auch  
6 die Kreisverwaltung Oder-Spree hat den Rückgang der  
7 Schülerzahlen als vorgeschobenen Grund genommen, um  
8 notwendige Investitionen wie beispielsweise die Turnhallensanierung  
9 für die Gesamtschule in Neu Zittau zuerst zu verzögern und danach  
10 einfach zu streichen. Damit wurde vorausseilend der Niedergang der  
11 Sekundarstufe I an dieser Schule präjudiziert. Dagegen hat DIE  
12 LINKE mehrfach protestiert, sich mit 12 von 57  
13 Kreistagsabgeordneten aber nicht durchsetzen können.  
14 Ähnliche Tendenzen sind auch für die kommenden Jahre zu  
15 befürchten. So verhindert die Kreisverwaltung seit mehr als einem  
16 Jahr die Vorbereitung und Realisierung eines bedarfs- und  
17 zeitgerechten Erweiterungsbaus für das Bechstein-Gymnasium in  
18 Erkner, mit welchem sowohl die Rahmenbedingungen wie auch die  
19 Wettbewerbsfähigkeit mit den in der Region immer zahlreicher  
20 vorhandenen Privat- und Ersatzschulen für diese Schule erheblich  
21 verbessert würden. Zielsetzung der Linken im Landkreis Oder-Spree  
22 ist der Erhalt eines für alle Kinder zugänglichen Netzes öffentlicher  
23 Schulen, das alle Bildungsgänge ermöglicht.  
24  
25 Seit 1993 hat sich DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree dafür  
26 eingesetzt, dass Schulen im ländlichen Raum erhalten bleiben und  
27 dazu die Verwaltungsvorgaben über Mindestfrequenzen und untere  
28 Grenzen zur Klassenbildung geändert werden. Der  
29 Schülerrückgang auf weniger als die Hälfte war in den letzten 13  
30 Jahren allerdings so dramatisch, dass nicht jeder Schulstandort  
31 erhalten werden konnte. Aber mit kleineren Klassen hätte mancher  
32 Schulstandort wohnortnäher weiter bestehen können.  
33  
34 Schulschließungen führen zu längeren Schulwegen. Statt Familien  
35 zu unterstützen, wurde die Elternbeteiligung bei den  
36 Schülerbeförderungskosten eingeführt. Hier hat DIE LINKE im  
37 Kreistag zahlreiche Gegenanträge gestellt und vor 5 Jahren  
38 wenigstens die Deckelung der Kosten erreicht, eine Klage der  
39 Fraktion vor dem Verwaltungsgericht wurde vor wenigen Monaten  
40 aus eher fadenscheinigen Gründen abgelehnt.  
41 Jetzt hat die SPD ein so genanntes Sozialpaket aus dem Hut  
42 gezogen und es den Landkreisen freigestellt, wie sie mit den  
43 Schülerbeförderungskosten verfahren wollen.  
44  
45 DIE LINKE im neuen Kreistag wird sich dafür einsetzen, dass die  
46 Schülerbeförderungskosten zur nächstgelegenen Schule nicht von  
47 den Familien zu tragen sind.  
48  
49 Ausbildung und die Chancen auf einen Arbeitsplatz stehen für junge  
50 Menschen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Von besonderer  
51 Bedeutung sind deshalb die Oberstufenzentren und deren Angebote.  
52 Trotz eines noch weiterhin zu erwartenden Rückganges der  
53 Auszubildenden – Zahlen ist der Erhalt der beiden Standorte des  
54 OSZ in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt für uns unerlässlich.  
55 Dazu gehören auch die gymnasialen Oberstufen, die neben der  
56 Gesamtschule für Schulabgänger der Oberschulen den Weg zum  
57 Abitur ermöglichen. Insbesondere in Eisenhüttenstadt bedarf es

1 gemeinsamer Anstrengungen sowohl der Schulen als auch der  
2 politisch Verantwortlichen zur Kooperation und unkonventionellen  
3 Lösungen.  
4 In den kommenden Jahren sind die OSZ noch stärker auf die  
5 Anforderungen und Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft  
6 auszurichten und vor allem solche Berufe auszubilden, die von den  
7 Unternehmen der Region besonders nachgefragt werden. Dies  
8 sehen wir zum Beispiel im pflegerischen Bereich im Landkreis, in der  
9 Solar- und Metallwirtschaft sowie in der Landwirtschaft. Schon in der  
10 Ausbildung muss die Zusammenarbeit mit den Unternehmen  
11 verstärkt werden.

12  
13  
14 Jugendhilfe

15  
16 Im Bereich der Jugendhilfe erfolgt seit einigen Jahren eine  
17 Umstellung auf das Sozialraumprinzip. Zu begrüßen ist dabei, dass  
18 alle Kräfte zusammenwirken sollen, die mit Kindern, Jugendlichen  
19 und ihren Familien in näherem Kontakt stehen. Durch diese  
20 Bündelung von Kräften kann es möglich werden, dass gemeinsam  
21 mit den Betroffenen die für sie beste Lösung gefunden wird.  
22 Gegenwärtig werden die Pläne im Jugendamt überarbeitet, die  
23 Mitarbeiter geschult und mit den freien Trägern über gemeinsame  
24 Konzeptionen beraten.

25  
26 In der Arbeit des Jugendamtes muss die Zusammenarbeit aller  
27 Kontaktpersonen für die Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Bisher  
28 gibt es hier nur Anfänge. Sowohl die Sozialarbeiter des  
29 Jugendamtes, als auch die der freien Träger arbeiten zwar  
30 miteinander, die Einbeziehung der Schule, des Sportvereins, des  
31 Streetworkers (wenn er von einem anderen Träger ist) erfolgt nur  
32 sporadisch. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen des  
33 Landkreises muss es hier spürbare Verbesserungen geben.

34  
35 Bei der Umstellung auf das Sozialraumprinzip ist die Tendenz zu  
36 spüren, dass von Seiten des Jugendamtes oft die sparsamsten  
37 Modelle bevorzugt werden. Als Begründung dient häufig, das wäre  
38 die Variante, die von der Familie gewünscht wird. So gibt es dann  
39 weniger Bedarf für soziale Gruppenarbeit, Hilfe für junge  
40 Erwachsene wird nicht mehr gebraucht, aufsuchende Arbeit reduziert  
41 und betreute Jugendwohnformen abgewickelt.

42  
43 Dieser Tendenz muss besonders dann entgegen gewirkt werden,  
44 wenn aus Sparzwängen Kinder und Jugendliche allein gelassen  
45 werden. So sollten z.B. beim betreuten Wohnen Möglichkeiten  
46 genutzt werden, auch bedürftige junge Erwachsene mit  
47 einzubeziehen. Die Plätze im stationären Bereich müssen trotz des  
48 Ausbaus der Betreuung in Pflegefamilien weiter erhalten bleiben, da  
49 die Zahl der Jugendlichen zwar abnimmt, die Problemfälle aber nicht  
50 weniger werden – eher im Gegenteil.

51  
52 Auch die ambulanten Hilfen zur Erziehung und die Angebote für  
53 soziale Gruppenarbeit müssen qualifiziert werden. Das Jugendamt  
54 muss eine positive Beratungsfunktion wahrnehmen. Hilfen dürfen  
55 nicht verhindert, sondern müssen angeboten und vermittelt werden.

56

1 Ein weiteres Problem zeigt sich im Bereich der Betreuung von  
2 Jugendlichen nach einem Strafverfahren. Freie Träger bieten zwar  
3 Projekte für Sozialstunden an, haben aber keine Kapazitäten, die  
4 Jugendlichen in dieser Zeit auch zu betreuen. Hier müssen wir  
5 gemeinsam mit der Landtagsfraktion nach landesweiten Lösungen  
6 suchen.

7  
8  
9

## 10 Kampf gegen Rechts

11

12 Wir wirken in kommunalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus  
13 und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz mit und  
14 treten über Parteigrenzen hinaus für eine möglichst breite Wirkung  
15 dieser Bündnisse in der Öffentlichkeit ein.

16 Die Ehrung des Andenkens an die Widerstandskämpfer gegen die  
17 Nazibarbarei, aktiver Antifaschismus, der Kampf gegen Neonazis  
18 sind für uns innerhalb und außerhalb der kommunalen Vertretungen  
19 eine bleibende Verpflichtung.

20 DIE LINKE Oder-Spree tritt dafür ein, die Zusammenarbeit mit den  
21 polnischen Nachbarkreisen weiter zu vertiefen. Vielfältige  
22 Kooperationsbeziehungen befördern das Zusammenleben und  
23 können dazu beitragen, fremdenfeindlichen Einstellungen den Boden  
24 zu entziehen. Wir treten für eine gemeinsame kommunale  
25 Daseinsvorsorge, für die Verbesserung der grenzüberschreitenden  
26 Zusammenarbeit der Feuerwehren und den Erhalt und den Ausbau  
27 grenzüberschreitender Schulstrukturen ein, die gemeinsames Lernen  
28 polnischer und deutscher Schülerinnen und Schüler ermöglichen.  
29 Fremdenfeindliche Positionen dürfen auch im Kreistag Oder-Spree  
30 künftig keine Tribüne mehr haben.

31  
32  
33

## 34 Verwaltung als Dienstleister für die EinwohnerInnen

35

36 Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit der Kreisverwaltung haben in  
37 den vergangenen 5 Jahren spürbar abgenommen. Wir wollen diesen  
38 Trend umkehren. Die Verwaltung soll und muss sich stärker als  
39 Dienstleister für die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises  
40 verstehen. Das erfordert einerseits ein Umdenken in der Verwaltung  
41 selbst, andererseits neue kreative Ideen. Der Ausbau elektronischer  
42 Medien für die Beantragung und Erledigung von Bürgeranliegen  
43 gehört hierzu genauso wie eine bessere Zusammenarbeit mit Ämtern  
44 und Kommunen des Landkreises zur Schaffung mobiler  
45 Bürgerberatung, Annahme und Bearbeitung von Anträgen und  
46 Anliegen vor Ort.

47

48 Das Verwaltungshandeln muss stärker als bisher kontrolliert werden  
49 und soll sich vordergründig am Nutzen für die Einwohnerinnen und  
50 Einwohner orientieren. Zur Kontrolle gehört die präventive  
51 Rechnungsprüfung. Kennzahlen müssen so definiert und erhoben  
52 werden, dass sie eine objektive Qualitätsbewertung der Verwaltung  
53 ermöglichen.

54

55 Angesichts der mit der Einführung der kommunalen Doppik und der  
56 neuen Kommunalverfassung Brandenburgs verbundenen  
57 neuerlichen Einschränkungen demokratischer Kontrollmöglichkeiten

1 über die Aktivitäten der Verwaltung setzen wir unsere Schwerpunkte  
2 auf die Ausnutzung der noch vorhandenen demokratischen Rechte  
3 der Abgeordneten und Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen mehr  
4 demokratische Mitwirkung und tatsächliche Mitbestimmungsrechte in  
5 Fachausschüssen des Kreistages, in Beiräten und anderen  
6 Mitwirkungsgremien. Andererseits werden wir vom Landrat zu jeder  
7 Kreistagssitzung einen Geschäftsbericht über die wichtigsten  
8 Vorgänge und Aktivitäten der Verwaltung im Berichtszeitraum  
9 einfordern.

10  
11 Interkommunale Zusammenarbeit ist für den Landkreis kein Neuland.  
12 Genannt seien die Sparkasse Oder-Spree, der Zweckverband  
13 Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB) , die gemeinsame Leitstelle für  
14 den Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz. Trotzdem  
15 waren in den vergangenen 5 Jahren nur wenige neue Ansätze zu  
16 verzeichnen, die teilweise an der ablehnenden Haltung anderer  
17 Gebietskörperschaften gescheitert sind. Wir wollen unseren  
18 Landkreis an dieser Stelle weiter in der Vorreiter-Rolle sehen, um  
19 den in den kommenden Jahren zu erwartenden personellen und  
20 finanziellen Engpässen vorzubeugen. Eine vertrauensvolle  
21 Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen und der Stadt Frankfurt ist  
22 hierfür unerlässlich.

23  
24 Ein wichtiger Schwerpunkt ist für uns der Erhalt kommunalen  
25 Eigentums und der Ausbau kommunaler Eigenbetriebe und  
26 Unternehmen. Wir sehen in diesen Wirtschaftsformen gute  
27 Möglichkeiten, auf eine sozial gerechte Gestaltung von Gebühren  
28 und Preisen wirksam Einfluss nehmen zu können. Die Ergebnisse  
29 der Unternehmen des Kreises – z.B. KWU Entsorgung,  
30 Krankenhaus Beeskow - der vergangenen Jahre bestätigen, dass  
31 bei kompetentem Management der Unternehmen der Wettbewerb  
32 mit privaten Unternehmen nicht gescheut werden muss, sondern  
33 vielfach kostengünstiger gewirtschaftet werden kann und erzielte  
34 Gewinne direkt den Gebührenzahlern bzw. Bürgerinnen und Bürgern  
35 zu Gute kommen können. Einer Abführung von erzielten Gewinnen  
36 aus den Unternehmen an den Kreishaushalt zur Deckung  
37 allgemeiner Finanzierungslücken werden wir uns auch weiterhin  
38 widersetzen.

39 Wir fordern, in der nächsten Legislaturperiode eine  
40 Rekommunalisierung der Busverkehr Oder-Spree GmbH (BOS) in  
41 Angriff zu nehmen, um einerseits der Umverlagerung erheblicher  
42 vom Landkreis an die BOS geleisteter Zuschüsse an den  
43 Mehrheitseigner DB Regio über die Gewinnabführung Einhalt zu  
44 gebieten, andererseits eine stärkere Einflussnahme auf die  
45 Ausgestaltung des Busverkehrs im Landkreis zu ermöglichen.

46  
47  
48 Für unsere Vorhaben brauchen wir eine starke Fraktion im Kreistag.  
49 Unser Programm stellt die Weichen auf Handeln!

50  
51 Geben Sie deshalb Ihre Stimme den Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN.